

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 82 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungstafel 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingekauft 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Sitzungsbücher der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberteilung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 257

Freitag, 4. November

1921

## Voraussetzliche Erhöhung der Kohlensteuer.

Berlin, 3. November. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ über, soll bei der Reichsregierung der Plan bestehen, die Kohlensteuer auf 40 Proz. zu erhöhen. Bekanntlich betrug die Kohlensteuer bisher 20 Proz. Wenn tatsächlich die Absicht besteht, noch über den Satz von 30 Proz. hinauszugehen, so dürfte sie auf die für uns ungünstigste oberste Schicht der Kohlenproduktion zu verlagern sein, durch die ein großer Anstieg in den Kohlenpreisen herbeigeführt wird.

## Deutsche Sachverständige bei Loucheur.

Paris, 2. November. Minister Loucheur hat heute eine Abordnung von Vertretern der deutschen Arbeiterverbände und deutschen Sachverständigen aus Industrie, Handel und Landwirtschaft empfangen, die in Begleitung von Delegierten des französischen Gewerkschaftsbundes und französischen industriellen, Handels- und Landwirtschafts-Sachverständigen dem Minister durch den französischen Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent vorgestellt wurden. Laurent hielt Minister Loucheur Vortrag über ein vorläufiges Abkommen, das den raschen Wiederaufbau von elf Zerstörten an der Somme (Gegens von Chauves) bezweckt, welche die Delegation in den letzten Tagen beschäftigt hat. Der Wiederaufbau soll sich im Laufe des Jahres 1922 vollziehen. Die Delegierten weisen darauf hin, daß sie sich im weitesten Maße der Bestimmungen des Wiederaufbaues abstimmen zu beabsichtigen. Minister Loucheur nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kommenden Montag die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Planes zu prüfen.

## Die Sowjetnote über die Vorkriegsschulden Rußlands.

London, 3. November. Die britische Regierung hat gestern eine längere Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewisten bereit erklären, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau geschickt. Die britische Regierung erachtet am ehesten zahlreicher Punkte. Die russische Note nehme z. B. Bezug auf die Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert ist, sie erwähne aber nicht die tiefgreifenden Forderungen aus Staatsanleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt ist.

## Die Regelung der Königsfrage in Ungarn.

In der am Mittwoch unter Vorsitz des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen in Budapest abgehaltenen interparteilichen Konferenz ist der Entwurf der Vorlage zur Regelung der Königsfrage einstimmig angenommen worden. Der Entwurf hat die Aufhebung der Herrscherrechte des Königs Karl und der Thronfolge des Hauses Habsburg zum Inhalt. In dem Gesetzesentwurf heißt es: Das Herrscherrecht des Königs Karl wird aufgehoben. Die pragmatische Sanction, welche die Thronfolge des österreichischen Hauses regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren und hiermit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation zurückgefallen. Die Nation wählt die Staatsform des Königtums wieder selbst aufrecht, verschiebt jedoch die Regelung des Königtums auf spätere Zeit und weist das Ministerium an, zu geeigneter Zeit entsprechende Vorschläge zu machen. Das Gesetz tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft. Der von der Vorkonferenz der ungarischen Nationalversammlung gesetzte Termin für die Einberufung der Habsburger beginnt am 1. und endet am 8. November. Im Zusammenhang mit diesem Beschlusse steht die Regelung der Frage vom Mittwoch: Die ungarische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, sie werde alle Beschlüsse durchzuführen, die ihr von den Regierungen der Verbündeten vorgelegt werden. Es steht nunmehr zu hoffen, daß die durch den Staatstreue Karls von Habsburg in Ungarn und den um-

## Die Kabinettskrise in Preußen.

Im Laufe des gestrigen Tages sind entscheidende Beschlüsse zur Neubildung der preussischen Regierung noch nicht gefaßt worden. Im Landtag fanden vormittags lebhaft einige interne Besprechungen der in Berlin weilenden Abgeordneten statt, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die nächsten Fraktions-sitzungen sind erst für heute vormittag anberaumt worden, und zwar die der Deutschnationalen und der Mehrheitssozialisten auf 10 Uhr, die des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei auf 11 Uhr.

Der Hauptausgangspunkt des preussischen Landtages erörterte gestern vormittag die Frage, ob es angesichts der Regierungskrise angeht, in der sachlichen Beratung der Vorlagen fortzuführen. Die Rechtsparteien waren für die Weiterberatung, während die Linksparteien einwendeten, daß man den Etat nicht behandeln könne, wenn keine Regierung vorhanden sei, die bindende Entscheidungen abzugeben vermöge. Das Zentrum enthielt sich der Stellungnahme. Schließlich wurde beschlossen, vorläufig auf die Weiterberatung zu verzichten. Ministerpräsident Stegerwald wurde gestern mittag um 1 Uhr vom Reichspräsidenten empfangen. Es ist wohl ohne weiteres anzunehmen, daß zwischen diesem Empfang und der preussischen Kabinettskrise ein unmittelbarer Zusammenhang besteht, da die Vermittlung des Reichspräsidenten von den Parteien während der letzten Wochen wiederholt erbeten wurde.

Es wäre verfrüht, schon jetzt Vermutungen über neue Koalitionsmöglichkeiten oder gar über Personenfragen anzustellen, da bis zur Stunde noch keinerlei Beschlüsse hierüber vorliegen. Es bleibt daher zunächst auch noch abzuwarten, ob etwa das Zentrum wiederum den Ministerpräsidenten zu stellen sich bereit finden und dafür vielleicht wiederum Hrn. Stegerwald präsentieren wird. Bis jetzt steht es auch noch nicht fest, ob Hr. Stegerwald eine auf ihn entfallende Wahl wiederum annehmen oder ablehnen würde. In Abgeordnetensitzungen wurde gestern mehrfach die Vermutung ausgesprochen, daß an die Bildung eines Kabinetts der „großen Koalition“ jetzt noch nicht gedacht werden könnte, sondern daß es vorläufig vielleicht nur darauf ankomme, ähnlich wie im Reich ein „Kabinetts der Persönlichkeiten“ zu bilden, das dann späterhin durch ein endgültiges Ministerium ersetzt würde.

Inzwischen werden schon jetzt zwei Namen mit Nachdruck genannt: Stegerwald und Otto Braun. Es ist nach der Ansicht der „Sächsischen Zeitung“ wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten Anspruch auf das Ministerpräsidenten erheben werden; aber es sei nicht anzunehmen, daß sie diesen Anspruch um jeden Preis aufrechtzuerhalten werden. Sie dürften einer Wiederwahl Stegerwalds, wenn diese Kandidatur vom Zentrum aufgestellt werden sollte, kein entscheidendes Hindernis in den Weg legen, wenn sie anstatt des Präsidenten ein anderes wichtiges Portefeuille im Kabinetts erzielten, entweder das Kultus- oder das Justiz-

liegendem Ländern angeordnete Verwirrung und Beunruhigung nicht weitere nachteilige Folgen nach sich ziehen werde.)

## Karl und Zita in englischem Gewahrsam.

Budapest, 2. November. Den Blättern zufolge ist ein englisches Kanonenboot mit Erzherzog Karl und Erzherzogin Zita an Bord bei Orsova von rumänischen Donamonitoren übernommen worden, um es nach Galatz zu geleiten.

## Internationale landwirtschaftliche Maßregeln.

Genf, 3. November. Die Kommission für landwirtschaftliche Fragen empfahl der Internationalen Arbeiterkonferenz die Annahme der Empfehlung, wodurch die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation ersucht werden, Maßregeln zu ergreifen, die den landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen jedes einzelnen Landes entsprechen und geeignet sind, der Arbeitslosigkeit der Landarbeiter vorzubeugen. Die Kommission empfiehlt namentlich die Urbarmachung unproduktiver Ländereien, die Ergreifung von Maßnahmen zur Erleichterung der

ministerium neben dem Innern und dem Wohlfahrtsministerium. Ebenjowenig wie über die Persönlichkeit des künftigen Ministerpräsidenten ist heute schon ein Abkommen über die Verteilung der Ämter im Kabinetts vorhanden. Die Demokraten erheben nach der „Sächsischen Zeitung“ den Anspruch auf zwei Portefeuilles und wünschen, daß Minister Dominikus, der das Innere abgeben muß, durch einen anderen sich im Kabinetts entschädigt werde. Bei den anderen Parteien, so meint das genannte Blatt weiter, sei Bereitschaft vorhanden, den Demokraten zwei Ämter zuzugestehen, aber nur bis zu dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition. Sei dieser erfolgt, dann sollten die Demokraten eines der beiden Portefeuilles an die Deutsche Volkspartei abgeben.

Im übrigen hofft man, die preussische Regierungskrise schon Ende dieser Woche überwinden und das neue Kabinetts gebildet zu haben.

Schließlich seien noch einige weitere Presseäußerungen, die sich mit der Kabinettskrise beschäftigen, wiedergegeben. Die Deutschnationalen äußern Bedauern, wie vorausgesehen war, daß die Ausscheiden Stegerwalds, dessen Politik sie mit steigendem Wohlwollen begleitet hatten, und strecken die Hoffnung aus, daß er abermals vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt werden möchte. Das Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Deutsche Allgemeine Zeitung“, spricht ebenfalls sein Bedauern aus, daß es ihm nicht gelungen sei, sich durchzusetzen und die große Koalition der Mitte zustande zu bringen. Die Aussichten für eine neue Kabinettsbildung sieht das Blatt als sehr trübe an und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das unwürdige Schicksal der Parteien um Ministerposten nicht wieder wochenlang vor sich gehen werde. Die linksdemokratische „Berliner Volkszeitung“ ist ähnlicher Ansicht. Sie erklärt, die neue Regierung müsse so breit wie möglich fundiert und so angelegt werden, daß sie zu gegebener Zeit zur großen Koalition erweitert werden könne. Man dürfe annehmen, daß dabei bei den Sozialisten, beim Zentrum und bei den Demokraten Übereinstimmung bestehe. Das Blatt glaubt, daß alle Voraussetzungen für rasches Handeln gegeben seien. Der „Vorwärts“ endlich erklärt, man sehe in Preußen jetzt wieder da, wo man im Frühjahr gestanden habe. Nur um eine Erfahrung reicher. Die Sozialdemokratie habe das Kabinetts nicht gekürzt, es sei in sich selbst zusammengebrochen, sie könne also in Ruhe abwarten, was geschehe. „So wenig“, fährt das Blatt fort, „die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Krise trägt, hat sie die Pflicht, die Initiative zu ihrer Lösung zu ergreifen. Natürlich wird sich die Sozialdemokratie grundsätzlich nicht verweigern, wenn man sie zur Mitarbeit ruft. Aber wer sie ruft, soll sich darüber klar sein, daß es für die Sozialdemokratie bei der Neubildung des Ministeriums nur ein Ziel geben kann, daß in Preußen demokratisch und republikanisch regiert werde.“

Kolonisation im Lande selbst, zur Erleichterung intensiver Bedienung durch verbesserte Methoden, zur Erleichterung der Bildung von Landarbeitergenossenschaften zur Bedienung wie zum Ankauf von Ländereien.

## Der Tag des Waffenstillstandes als nationaler Feiertag in Amerika.

Washington, 3. November. Der Kongreß nahm einen Beschluß an, wonach der Tag des Waffenstillstandes zum nationalen Feiertag erklärt wird.

## Kriegsbegeisterung in Griechenland.

Athen, 2. November. Das Pressebureau teilt mit: Die Rekruten des Jahrganges 1922, deren Einberufung bereits gemeldet wurde, strömen von allen Seiten mit größter Begeisterung herbei. Die griechische Presse betrachtet dieses Ereignis als Widerlegung der Behauptung, daß das hellenische Volk des Krieges überdrüssig sei.

## Die Kämpfe in Marokko.

Madrid, 3. November. Amtlich wird aus Melilla gemeldet, daß die spanischen Truppen trotz erbitterten Widerstandes den Berg Taguba besetzten.

## Fieber-Erscheinungen.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Berlin, 2. November. Unser deutsches Wirtschaftsleben weiß zurzeit wieder Fieber-Erscheinungen auf, die an die schlimmsten Zeiten in den Jahren 1919 und 1920 erinnern. Die Flucht vor der Mark hat mit einer Schnelligkeit um sich gegriffen, die früher undenkbar schien. Nachgerade suchen auch die Befürworter nur geringer Vermögenswerte diese in Effekten anzulegen, gleichviel welcher Art. Die Folge ist eine direkt an Unruhmacht grenzende Steigerung der Kurse; die Laura-Aktien weisen innerhalb Wochenfrist einen Sprung nach oben von 900 Prozent auf, die Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft einen solchen von 400 Prozent und die der Kolonialwaren-Vertriebsgesellschaft ebenfalls eine Kurssteigerung von 400 Prozent. Andere Unternehmungen schließen sich dieser Hausbewegung an, obige Kurssteigerungen nachahmend. Je tiefer die Mark sank, um so höhere Summen wurden für Aktien geboten, ohne daß die Käufer sich Rechenschaft von deren Güte gaben. Die Lösung ist und bleibt: es wird jedes Papier genommen, um nur die Mark los zu werden! Daß diese Vorgänge durchaus ungesund sind, liegt auf der Hand. Denn selbst die günstigste Konjunktur auf dem Markte kann den Effekten keine Steigerung bringen, die den obengenannten Sätzen auch nur entfernt gleichkommt. Der Rückschlag wird daher um so heftiger werden, die Kurse werden um so schneller und tiefer stürzen. Banken und Börsen, die ehemals jede Aufwärtsbewegung, die gesund war, freudig begrüßten, sehen denn auch der weiteren Entwicklung mit großer Sorge entgegen; auch sie mahnen und warnen; doch die Spekulationslust und Spielwut des Publikums kennt keine Grenzen, und der leichte Gewinn einiger wird Tausenden zum Verderben werden. Die Börsen haben bereits den Börsenverkehr auf einige Tage in der Woche beschränkt, um die Aufträge ausführen zu können, die sie erhalten; die Banken sehen sich ebenfalls zur Einschränkung ihres Verkehrs gezwungen und müssen schon im Interesse ihrer Angestellten, welche die Arbeit nicht mehr erledigen können, selbst wenn zahlreich überstunden zu Hilfe genommen werden, darauf bedacht sein, den wilden Schwall der Spekulation abzumildern. Bezeichnend ist die jüngst erfolgte Bekanntmachung der Reichsbank, die mitteilte, daß sie bis auf weiteres eine Gewähr für die Auslieferung der ihr erteilten Aufträge für An- und Verkauf von Wertpapieren am nächsten Tage nicht übernehmen könne.

Diese Katastrophenhaufe macht auch auf dem Warenmarkte sich fühlbar. Die meisten Industrien haben sich mit Rohstoffen reichlich eingebockt und können daher ungestört arbeiten, und da die Käufer nervös geworden sind, wird die Ware wieder um jeden Preis aufgefressen, sei es auch nur, um sie aufzuspeichern, um in schlechten Zeiten eingedeckt zu sein. Das Warenmangeln blüht wieder fast ebenso wie im Kriege. Die Folge ist, daß die Preise stetig steigen und Spekulantendies benutzen, um ihrerseits Waren aufzukaufen, die man später mit hohem Aufschlag absetzen kann, wenn die Läden leer sind.

Leider geht auch viele Ware ins Ausland, und zwar zu Preisen, die dem Salutaunterschied nicht im mindesten entsprechen. Hinzu kommt, daß die Zölle beträchtlich ausgedehnt worden sind und die Ausfuhrkontrolle weniger streng gehandhabt wird. Für wertvolle deutsche Waren kommt also in allen jenen Fällen, wo der Käufer sich mit deutscher Mark bezahlen läßt, ein minderwertiger Ersatz herein, der zudem von Tag zu Tag weiter entwertet werden kann. Bei Bezahlung fremder Rohstoffe genießt jedoch die deutsche Mark keineswegs eine gleiche Stellung, vielmehr muß zumeist in ausländischer Valuta bezahlt werden, infolgedessen die Zahlungen an das Ausland sich rapid vermehren. Daß dies ein Ausdehner ist, wird vielen erst einleuchten, wenn es zu spät ist.

Viele, die jetzt ins Ausland verkaufen, werden dann erkennen, daß sie statt eines Gewinns Verluste zu buchen haben, da die als Gelds herbeigebachten Papiermark den Erfolg der verkauften Ware keineswegs gestalten.

Diese Fiebererscheinungen im deutschen Wirtschaftsleben sind um so bedauerlicher, weil andererseits erfreuliche Zeichen von Gesundung und Kräftigung des Wirtschaftslebens und Wirtschaft-